- der Beklagten gemäß Artikel 260 Absatz 3 AEUV wegen des Verstoßes gegen die Verpflichtung zur Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen, die Zahlung eines Zwangsgeldes in Höhe von 210 078 Euro pro Tag ab dem Tag des Urteils des Gerichtshofs, das eine Verletzung der Verpflichtungen festgestellt hat, aufzuerlegen, zahlbar auf das Eigenmittelkonto der Europäischen Union;
- der Bundesrepublik Deutschland die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Umsetzungsfrist der Richtlinie sei am 14. Februar 2014 abgelaufen.

⁽¹⁾ ABl. L 197, S. 38.

Vorabentscheidungsersuchen des Förvaltningsrätt i Linköping (Schweden) eingereicht am 22. Oktober 2015 — E.ON Biofor Sverige AB/Statens energimyndighet

(Rechtssache C-549/15)

(2016/C 007/17)

Verfahrenssprache: Schwedisch

Vorlegendes Gericht

Förvaltningsrätten i Linköping

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: E.ON Biofor Sverige AB

Beklagte: Statens energimyndighet

Vorlagefragen

1. Sind die Begriffe „Massenbilanz“ und „Gemisch“ in Art. 18 Abs. 1 der Richtlinie 2009/28 ⁽¹⁾ dahin auszulegen, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, den Handel mit Biogas zwischen den Mitgliedstaaten über ein Gasverbundnetz zuzulassen?
2. Falls Frage 1 verneint wird: Ist die fragliche Bestimmung mit Art. 34 AEUV vereinbar, obwohl angenommen werden kann, dass ihre Anwendung handelsbeschränkende Wirkung hat?

⁽¹⁾ Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG (ABl. L 140, S. 16).

Klage, eingereicht am 30. Oktober 2015 — Europäische Kommission/Republik Malta

(Rechtssache C-557/15)

(2016/C 007/18)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: C. Hermes, K. Mifsud-Bonnici)

Beklagte: Republik Malta

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- festzustellen, dass die Republik Malta dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 5 Buchst. a und e und Art. 8 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang IV Buchst. a und in Verbindung mit Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten ⁽¹⁾ verstoßen hat, dass sie eine abweichende Regelung erlassen hat, die den Lebendfang von sieben Wildfinkenarten (Buchfink *Fringilla coelebs*, Hänfling *Carduelis cannabina*, Stieglitz *Carduelis carduelis*, Grünfink *Carduelis chloris*, Kernbeißer *Coccothraustes coccothraustes*, Girlitz *Serinus serinus* und Zeisig *Carduelis spinus*) zulässt;
- der Republik Malta die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Im Jahr 2014 führte Malta eine abweichende Regelung zur Genehmigung des Fangs von sieben Wildfinkenarten ein, mit der für die Jahre 2014 und 2015 Fangzeiten für den Finkenfang zugelassen wurden.

Nach der Richtlinie 2009/147 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, das Fangen und Halten wildlebender Vogelarten, die — wie die betreffenden Finkenarten — nicht in Anhang II aufgeführt sind, und den wahllosen Fang wildlebender Vogelarten mit Mitteln wie Fangfallen oder Netzen zu verbieten. Jede Abweichung von diesen Verboten muss den strengen Voraussetzungen von Art. 9 der Richtlinie genügen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass Malts abweichende Regelung, die das Fangen von sieben Wildfinkenarten erlaubt, mit Art. 5 Buchst. a und e und Art. 8 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang IV Buchst. a der Richtlinie unvereinbar sei.

Malta habe nicht dargetan, dass die in Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie genannten Voraussetzungen für eine abweichende Regelung erfüllt seien. Erstens habe Malta nicht nachgewiesen, dass es, wie von Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie gefordert, keine andere zufriedenstellende Lösung gebe. Zweitens enthalte die abweichende Regelung Malts keine Begründung zum vorgeblichen Fehlen anderer zufriedenstellender Lösungen. Drittens habe Malta nicht nachgewiesen, dass die zugelassene Tätigkeit eine „vernünftige Nutzung“ im Sinne von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie darstelle. Viertens habe Malta nicht nachgewiesen, dass die Voraussetzung nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie erfüllt sei, wonach die abweichende Regelung nur „geringe Mengen“ an Vogelarten betreffen dürfe. Fünftens habe Malta nicht dargetan, dass die Genehmigung, wie von Art. 9 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie gefordert, unter „streng überwachten Bedingungen“ gelte.

⁽¹⁾ ABl. L 20, S. 7.

Rechtsmittel, eingelegt am 13. November 2015 von Alexios Anagnostakis gegen das Urteil des Gerichts (Erste Kammer) vom 30. September 2015 in der Rechtssache T-450/12, Anagnostakis/Kommission

(Rechtssache C-589/15 P)

(2016/C 007/19)

Verfahrenssprache: Griechisch

Parteien

Rechtsmittelführer: Alexios Anagnostakis (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt A. Anagnostakis)

Andere Partei des Verfahrens: Europäische Kommission